



Fakten zur Flüchtlingspolitik



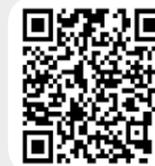
Was unternehmen wir?

- ◆ Weniger Fehlanreize für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive
- ◆ Mehr sichere Herkunftsländer
- ◆ Einschränkung des Familiennachzugs
- ◆ Bessere Registrierung und Ankunftsnachweis direkt nach Einreise
- ◆ Schnellere Verfahren und mehr Personal
- ◆ Besondere Aufnahmezentren mit Residenzpflicht
- ◆ Konsequenter Abschiebungen
- ◆ Erleichterte Ausweisungen für kriminelle Asylbewerber
- ◆ Mehr Unterstützung für Länder und Kommunen
- ◆ Gerechtere Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge
- ◆ Förderung der Integration für Asylbewerber mit Bleibeperspektive

Was wollen wir noch?

- ◆ Wir wollen, dass Marokko, Tunesien und Algerien sichere Herkunftsländer sind. Ein entsprechender Bundestagsbeschluss existiert, allerdings wird dieser im Bundesrat durch Bündnis 90/Die Grünen blockiert.
- ◆ Die Einreise nach Deutschland soll nur mit gültigen Ausweispapieren möglich sein. Sonst sind die Personen an der Grenze zurückzuweisen.
- ◆ Das europäische Asylrecht muss weiterentwickelt werden. Es ist um die Möglichkeit von anrechenbaren Kontingenten, eines Solidaritätsmechanismus und Obergrenzen zu ergänzen.
- ◆ Gemeinsam müssen Fluchtursachen bekämpft werden.
- ◆ Das Abkommen mit der Türkei muss auf Gegenseitigkeit beruhen. Eine Voll-Mitgliedschaft der Türkei in der EU lehnen wir weiterhin ab.

All das haben wir bereits Anfang Januar auf unserer Klausurtagung in Kreuth gefordert. Unsere Beschlüsse zum [Nachlesen](#):



Weltweit sind **60 Millionen Menschen** auf der Flucht.

Im gesamten Jahr 2015 wurden noch fast 1,1 Millionen Flüchtlinge in Deutschland registriert. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres waren es hingegen nur noch rund **238.000 Schutzsuchende**.

49,8 Prozent der Asylanträge wurden vergangenes Jahr anerkannt. Eine Anerkennung als Flüchtling oder Asylbewerber gilt zunächst für ein beziehungsweise drei Jahre.

Unsere Maßnahmen im Überblick

Die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge ist in diesem Jahr gesunken. Dazu haben neben der Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen, der Schließung der Balkanroute und der Vereinbarung mit der Türkei zahlreiche nationale Maßnahmen beigetragen:

Die Liste der **sicheren Herkunftstaaten** haben wir erweitert und so ein Signal in die Heimatländer gesendet.

Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive bleiben bis zum Ende ihres **beschleunigten Verfahrens** in besonderen Erstaufnahmeeinrichtungen. Für sie gelten eine verschärfte Residenzpflicht und ein Arbeitsverbot.

In Erstaufnahmeeinrichtungen erhalten **Sachleistungen** Vorrang. Für endgültig Ausreisepflichtige wird die Unterstützung auf das absolut Notwendige begrenzt. Dies gilt auch für diejenigen, die ihre Identität nicht preisgeben.

Ein **Ankunftsnachweis** erfasst wichtige Daten wie den Fingerabdruck und ist die Voraussetzung für den Bezug von Leistungen. Dies erleichtert den Datenaustausch und die Strafverfolgung.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhält **mehr Personal**. Auch bei der Bundespolizei

werden zusätzliche Stellen geschaffen.

Für Flüchtlinge mit eingeschränktem (sogenanntem subsidiärem) Schutz wird der **Familiennachzug** für zwei Jahre **ausgesetzt**.

Abschiebungen werden nicht mehr angekündigt. Gesundheitliche Abschiebehindernisse wurden stark eingeschränkt. Außerdem können kriminelle Ausländer leichter ausgewiesen werden.

Fordern und Fördern ist unser Prinzip bei der Integration: Asylbewerber erhalten frühzeitig **Integrations- und Sprachkurse**. Wer sich der Integration verweigert, dem drohen Leistungskürzungen.

Anerkannte Flüchtlinge müssen sich in dem Bundesland aufhalten, dem sie zugewiesen sind. Die Länder können ihnen dann zur Förderung der Integration einen **Wohnort zuweisen** (Wohnsitzauflage).



Und was muss Europa machen?

Wir können die enorme Zahl an Flüchtlingen nicht allein stemmen. Europa und die internationale Gemeinschaft sind gefordert. Wenn Europa glaubwürdig bleiben will, müssen sich die Mitgliedstaaten solidarisch zeigen, gemeinsam die Fluchtursachen bekämpfen und die Flüchtlinge fair untereinander verteilen. Wir benötigen einen verlässlichen Schutz der EU-Außengrenzen, den Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur Frontex und funktionierende Hotspots – also Registrierungs- und Verteilungszentren.



Impressum

Herausgeber
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
Max Straubinger MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns

Kontakt
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030 227-51999
csu-landesgruppe@cducsu.de

Bildnachweise
Vorderseite: picture alliance / dpa
Innenteil: picture alliance / dpa

Stand
August 2016

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

